

P R O T O K O L L
der 342. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 22. November 2011
Zeit	19.30 - 21.05 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes Marti Beat (Geschäft 1)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Elsinger Florian, Fankhauser Suzanne, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Manz Matthias, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Stettler Jürg, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Fankhauser Suzanne
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Friedli Rolf, Grütter Urs, Kästli Marc, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Wakil Ramina
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

6

Traktanden

1	Schulraumplanung Muri bei Bern; Grundsatzentscheid gemäss Art. 36 Gemeindeordnung	455
2	Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Einführung eines einheitlichen Kurzstreckentarifs für den ÖV auf dem gesamten Gemeindegebiet Muri-Gümligen	466
3	Informationen des Gemeinderats	467
4	Neue parlamentarische Vorstösse	468
4 a	Dringliche einfache Anfrage SVP-Fraktion betr. Treibhäuser ehemalige Gärtnerei Meyer	469
4 b	Einfache Anfrage SP-Fraktion betr. eventuellem Beginn einer Verkaufstätigkeit der Interhydro AG am Allmendingenweg 15-23	469

Der Vorsitzende eröffnet die 342. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Er informiert, wie bereits angekündigt sei das Protokoll der GGR-Sitzung vom 25. Oktober 2011 aufgrund eines Bandscheibeneingriffs der Protokollführerin noch nicht traktandiert. Das Protokoll werde erst anlässlich der Januar-Sitzung zur Genehmigung vorliegen.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Schulraumplanung Muri bei Bern; Grundsatzentscheid gemäss Art. 36 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende gibt bekannt, da er selber bei der Firma Reflecta tätig sei, übergebe er die Leitung bei diesem Geschäft – wie schon bei den analogen Traktanden im Zusammenhang mit der Schulraumplanung – an den 1. Vizepräsidenten, Beat Marti.

Jsabelle Gossweiler erklärt als Sprecherin der GPK, die von der externen Beratungsfirma gelieferten Unterlagen, welche als Grundlage für die Diskussionen in der GPK gedient hätten, seien umfassend und detailliert ausgearbeitet gewesen. Einige kleine Schönheitsfehler seien vorhanden gewesen, so hätten z.B. die Seitenzahlen gefehlt, was immerhin zu einer lebhaften Suche der jeweils gewünschten Seite geführt habe. Die Unterlagen hätten diverse Szenarien einer möglichen Entwicklung der Schulen, der Schülerzahlen und deren Auswirkung auf den benötigten Schulraum enthalten. Nach einer intensiven und lebhaften Diskussion über die diversen Varianten habe sich die GPK die Grundsatzfrage gestellt, ob eine Empfehlung ihrerseits zu Händen des Parlaments überhaupt ihrem Auftrag entspreche. Die technische Vorgehensweise sei korrekt gewesen. Die GPK sei jedoch der Meinung gewesen, dass die jeweiligen Varianten eigentlich Thema einer politischen Würdigung sein und hier im

Plenum – im GGR – besprochen werden sollten. Trotzdem habe die GPK den einstimmigen Beschluss gefasst, dass der gemeinderätliche Antrag, also die Variante IST+, als Grundlage zu empfehlen sei, in die richtige Richtung gehe und so weiterentwickelt werden sollte. Damit würde eine flexible bzw. – beim eventuellen Vorliegen neuer Gegebenheiten oder Vorkommnisse – anpassbare Planung erreicht. Sie denke da vor allem an die Integration der Kindergärten in die Schulhäuser oder in die Schulhausareale oder an die Einführung der Basisstufe. Dass die Integration der Kindergärten eine Priorität geniesse, sei wohl allen klar. Die Einführung der Basisstufe müsse zuerst im Rahmen der Schulgesetzrevision durch den Grossen Rat entschieden werden. Dieser kantonale Entscheid werde auch mittelfristig direkte Auswirkungen auf die Anzahl der von der Gemeinde benötigten Schulräume haben. Zudem lege die GPK Wert darauf, dass bei der zukünftigen detaillierten Planung und der anschliessenden Realisierung die Kosten und die Einsparungsmöglichkeiten – möglichst ohne Qualitätsverlust – konsequent und transparent ausgewiesen würden und der GGR laufend informiert werde. In diesem Sinn empfehle die GPK dem Parlament die Variante IST+ als allgemeine Grundlage und Weg in die richtige Richtung einstimmig zur Annahme.

Daniela Pedinelli zitiert als gemeinderätliche Sprecherin: *"Die Bildungspolitik ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und oft Probleme schafft."* An diesen Spruch habe sie in den letzten Tagen aufgrund der Diskussionen denken müssen, die die Schulraumplanung entfacht habe. Der Gemeinderat begrüsse die angeregte öffentliche Debatte. Alle wollten das Gute, das Beste. Sie rede aber als Ressortvorsteherin heute in der bangen Angst zu den Anwesenden, dass die anstehende Debatte *"zu guter Letzt Probleme schafft"*. Probleme seien dort zu befürchten, wo – wohlmeinend selbstverständlich – die strategische Ebene verlassen werde. Einige Anträge aus dem Parlament, welche heute zu diskutieren seien, würden die strategische Ebene verlassen. Bei dieser Gelegenheit bedanke sie sich ganz herzlich für die frühzeitige Einreichung der Anträge. Dies sei sehr professionell und erleichtere allen die Arbeit erheblich. Sie werde später in ihrer Stellungnahme auf die Anträge zurück kommen. Sie appelliere deshalb heute an die Parlamentsmitglieder, ihre Befürchtungen Lügen zu strafen und strategische Kompetenz zu beweisen. Strategieentwicklungen seien ja schliesslich ihre ureigenste Aufgabe.

Und nun also zur Strategie: Politik sei eine Gratwanderung, ein konstantes Abwägen der Vor- und Nachteile möglicher Entwicklungen in den Feldern Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Gerade die strategische Schulraumplanung sei ein Paradebeispiel solcher Abwägungen. Man wolle heute eine strategische Stossrichtung für eine längerfristige Zeitspanne definieren und habe die Variante IST+ gewählt. Selbstverständlich würden strategische Stossrichtungen im Laufe der Zeit angepasst, justiert, bei Bedarf revidiert. Die Botschaft zur Vorlage führe aus, wie die Verbindlichkeit der strategischen Stossrichtung zu verstehen sei, welche heute festgelegt werde, und wie es nach der Verabschiedung der Stossrichtung weitergehen werde. Die erarbeiteten Grundlagen für die Strategiebestimmung seien umfassend: Pro Schulanlage und pro Kindergarten seien die Zimmer, die Quadratmeter und der Zustand der Gebäude erhoben worden. Es seien Quadratmeter- und Schulzimmerbedarf für die Schulklassen der Zukunft erhoben worden. Dabei handle es sich um feste Zahlen. Sie seien von der Verwaltung und von den Schulleitungen, welche im Projekt eingebunden gewesen seien, überprüft und für richtig befunden worden. Sie würden die Unterlagen kennen und hätten sogar Gelegenheit gehabt, diese mit dem Vertreter der externen Firma, die mit der Schulraumplanung beauftragt worden sei, zu vertiefen. Sie werde die Anwesenden also hier nicht mit einer Zusammenfassung langweilen. Diesen Grundlagen sei eine massgebliche Prognose gegenübergestellt worden, nämlich die mittel- bis langfristige Entwicklung der Schülerzahlen in unserer Gemeinde. Bei der prognostizierten Erwartung der Schülerzahlen handle es sich natürlich nicht um eine wissenschaftlich ermittelte Zahl. Es handle sich vielmehr um

eine Vermutung, welche von allen Seiten als plausibel eingeschätzt worden sei. Es seien nur ganz vereinzelt Stimmen zu hören gewesen, welche dieser Prognose gegenüber Vorbehalte entgegenbringen würden. Plausibel sei die Schätzung der Schülerzahlen, weil sie mit den gesamtschweizerischen Prognosen des Bundesamtes für Statistik kompatibel sei und weil Muri als Agglomerationsgemeinde im Quervergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil an Kindern im schulpflichtigen Alter aufweise. Der heute klar unterdurchschnittliche Anteil von 8,5 % der Einwohnerzahl könnte sich dem Durchschnittswert von 10 % annähern. Es seien also Fakten wie Schulzimmerzahlen und Quadratmeter, welche – grob gesehen – einer Vermutung gegenübergestellt würden, der Vermutung über die Entwicklung der Schülerzahlen. Die beauftragte Expertenfirma habe bei der Erarbeitung der Grundlagen die Annahme getroffen, dass die Basisstufentauglichkeit nur hergestellt werden könne, wenn die heutigen dezentralen Kindergärten in die Schulanlagen integriert würden. Es bestehe die Gelegenheit, diese Grundannahme heute zu diskutieren. Als zentral habe die Expertenfirma nur diejenigen Kindergärten betrachtet, welche innerhalb jener Parzelle liegen würden, welche das Schulhaus und die dazugehörigen Anlagen umfasse. Damit würden auch die Kindergärten Seidenberg und Horbern als dezentral gelten, obwohl sie in unmittelbarer Nähe der Schulanlage seien.

Sie komme zurück auf die strategische Stossrichtung: Die mit der Untersuchung beauftragte externe Firma schlage als Expertin die Umsetzung der Variante IST+ vor. Die Projektgruppe folge dieser Einschätzung, der Gemeinderat ebenfalls, und schlussendlich auch die Schulkommission, mit einigen wichtigen Feinjustierungen. Fast könnte man also insgesamt denken, hier liege ein klassisches Idyll vor. Ein Pantoffelidyll. Wenn die Debatten und besorgten Briefe der letzten Wochen nicht wären, hätte man denken können, dies sei nun wirklich einmalig. Aber die Ratsmitglieder sollten sich keine Sorgen machen; ihre Einwände und ihre Änderungswünsche könnten heute in aller Ruhe diskutiert werden. Jene Anträge, die eine Strategieänderung implizieren würden, werde der Gemeinderat erkennen und er werde den besten Weg suchen. Es sei aber bekannt, dass Bildungspolitik gleichzeitig Finanzpolitik sei. Die strategische Stossrichtung werde auch in diesem Licht zu definieren sein. Man könne nicht nur jetzt bestellen, ohne dann auch bereit zu sein, die Zeche dafür zu bezahlen; wer A sage, müsse auch B sagen. Wir würden uns in Muri in einer sehr komfortablen Ausgangslage befinden. Selbst die Expertenfirma nehme davon Abstand, die Schliessung auch nur eines Schulhauses zu empfehlen. Freilich werde langfristig die Schliessung aller dezentralen Kindergärten empfohlen. Und schon dies – aber nicht nur, die demografische Entwicklung komme dazu – mache in der Planung einen voraussichtlichen Verzicht auf die Führung der 3. und 4. Klassen in den 3 Schulhäusern Horbern, Melchenbühl und Dorf nötig. Man könne sich sicher zu Recht fragen, ob das Kriterium der Integration des Kindergartens in eine Schulanlage nicht übertriebenes Gewicht erhalte, wenn ein Kindergarten sich zwar ausserhalb der Schulhausparzelle, aber keine 5 Minuten davon entfernt befinde. Man werde ja heute darüber sprechen. Sicher sei, die Gemeinde Muri sei bereits heute im gesamtkantonalen Vergleich nicht nur qualitativ – als Indiz dafür könne die Übertrittsquote in die Sekundarschule von 78 % betrachtet werden –, sondern auch rein betriebswirtschaftlich gut aufgestellt und wolle es auch weiterhin bleiben. 2011/2012 hätten wir einen Durchschnitt von 19,8 Kindern pro Schulklasse. Dies sei – rein betriebswirtschaftlich betrachtet – ein guter Wert. Auch bei der neuen Volksschulfinanzierung würde die Gemeinde als Gewinnerin dastehen und für die Wirtschaftlichkeit honoriert. Wenn früher oder später 3. und 4. Klassen in den Schulhäusern mit Eingangsstufe geschlossen werden müssten, möchte sie daran erinnern, dass in der Nähe der Schulanlagen Melchenbühl und Dorf Fussgängerunterführungen bestehen würden. Die Zumutbarkeit der künftigen Verlagerung der 3.- und 4.-Klässler in die Schulanlagen Melchenbühl oder Seidenberg erscheine unter diesem Gesichtspunkt vertretbar. Bei der Schulanlage Horbern liege eine andere Situation vor. Es bestehe keine Fussgänger-Unterführung oder -Überführung zur

Überquerung der Thunstrasse. Die Integration des Kindergartens Horbern in die Schulanlage hätte bei der konkreten Meilensteinplanung voraussichtlich auch die allerletzte Priorität. Aber bei der konkreten Umsetzung des strategischen Grundsatzentscheidendes müsste das Parlament sicher nochmals Gelegenheit haben, alle Facetten zu diskutieren. Es heisse ja so schön: "*Seul les ignorants n'ont jamais tort*" und dies gelte auch bei der Festlegung der Strategien. In diesem Sinn freue sie sich heute auf eine anregende und angeregte Debatte und sie beantrage grundsätzlich die Annahme der gemeinderätlichen Anträge.

Gleichzeitig erfasse sie die Gelegenheit, um zu den eingereichten Anträgen der Parteien Stellung nehmen zu können. Zu Ziffer 1 würden drei Anträge vorliegen; von der forum-Fraktion, von der SP-Fraktion und von der FDP-Fraktion. Die SP-Fraktion beantrage nur die Präzisierung "*strategische* Schulraumplanung". Der Gemeinderat könne mit allen drei Ziffern 1 gut leben; es sei aber so, dass der Antrag der SP bevorzugt würde. Die beiden andern Anträge würden von der Variante "IST" sprechen. Sie würden vielleicht angesichts der Tatsache als verständlich erscheinen, dass in Ziffer 2 dann von Elementen, welche die Variante "IST+" ausmachten, abgewichen werden solle. Das von forum und FDP gewählte "wording" wolle dies zum Ausdruck bringen. Die Variante "IST" stelle nur die Ausgangslage vor Beginn der Schulraumplanung dar und definiere keine strategische Stossrichtung. Es gebe insofern keinen "Zwischenweg" zwischen "IST" und "IST+", als "IST" keine Lösungen bereit halte, wenn die Schülerzahlen – wie prognostiziert – im Jahr 2016 anwachsen würden. Das beantragte "wording" sei vielleicht unschön, aber der Gemeinderat könne mit allen drei Anträgen gut leben.

Sie komme nun zu den Anträgen 2 der SP-Fraktion und der FDP-Fraktion. Dabei gehe es um den Grundsatzentscheid, dass die 3. und 4. Klassen in den Schulhäusern der Eingangsstufe – Engpässe vorbehalten – weitergeführt werden sollen. Der Gemeinderat könne mit diesem Antrag ausgezeichnet leben. Es gehe vielleicht um eine etwas andere Ausrichtung der strategischen Stossrichtung und eventuell könnte dies einen Einfluss auf die Basisstufe haben.

Hingegen würde mit dem Antrag 2 der forum-Fraktion die strategische Stossrichtung verlassen. Es sei gut möglich, dass bei der Umsetzung der Strategie mit dem Melchenbühlschulhaus begonnen würde; sie persönlich denke dies sogar. Sie würde es aber als falsch erachten, wenn dies nun so vorgegeben würde. Erst die konkrete Auseinandersetzung mit allen Implikationen bei der Meilensteinplanung könne zeigen, ob dies wirklich der intelligenteste Weg sei. Zum Antrag 3 der FDP sei das Gleiche zu sagen. Dieser Antrag gehe zu weit. Nach Festlegung der strategischen Stossrichtung würden alle Pro's und Kontra's angeschaut. Auf eine Integrierung in die Schulhäuser so lange zu verzichten, bis auf Gemeindeebene ein politischer Grundsatzentscheid zur allfälligen Einführung der Basisstufe gefällt worden sei, wäre in mannigfaltiger Hinsicht falsch. Eine Annäherung der Kindergärten, die ohnehin totalsaniert werden müssten, zu den Schulanlagen, sei sinnvoll und allgemein anerkannt. Der Antrag 3 der FDP-Fraktion sei deshalb abzulehnen.

Sie bedanke sich bei allen für das engagierte Mitwirken.

Eintreten wird nicht bestritten.

Adrian Kauth bedankt sich vorab namens der FDP/jf-Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Vorschlag zur Schulraumplanung. Die FDP anerkenne die Komplexität des Geschäfts und die Schwierigkeit des Anliegens, die Thematik zur Zufriedenheit aller lösen zu können. In seiner Antwort zur Schulraumplanungs-Motion der FDP/jf-Fraktion und der SVP-Fraktion vom Januar 2010 habe der Gemeinderat der Frage der Basisstufe im Zusammenhang mit der Schulraumplanung einen hohen

Stellenwert zugemessen und diesbezüglich ein Denken in Alternativen gefordert. Er sei deshalb nun etwas erstaunt darüber, dass der Gemeinderat mit der Variante IST+ eine Stossrichtung favorisiere, welche die Einführung der Basisstufe als gegeben voraussetze. Dies, obwohl über die Frage der Basisstufe auf Gemeindeebene im Grundsatz noch gar nicht diskutiert worden sei. Auch auf kantonaler Ebene seien die Grundlagen zur allfälligen Einführung der Basisstufe noch nicht geschaffen. Die Diskussionen seien weiter im Gang. Eine flächendeckende Einführung der Basisstufe erscheine derzeit aus Kostengründen, aber auch wegen nicht vorhandenen pädagogischen Vorteilen gegenüber den heutigen Lösungen, eher unwahrscheinlich. Im Moment sehe es eher danach aus, als würde die Basisstufe lediglich als Struktur-erhaltungsmassnahme in ländlichen Gegenden eingeführt. Ein Grundsatzentscheid zur Basisstufe sei aber für die Schulraumplanung in Muri bei Bern wesentlich. Ein Ja zur Basisstufe hätte weitreichende Konsequenzen: Mindestens 12 zusätzliche Schulzimmer müssten erstellt werden. Aber auch die Integrierung der Kindergärten würde bei einer Einführung der Basisstufe zeitlich und räumlich ganz andere Vorgehensweisen erfordern, als ohne Einführung der Basisstufe. An dieser Stelle wolle er auch betonen, dass die FDP die Integration der Kindergärten in die Schulanlagen unterstütze, nicht aber in die Schulhäuser; dies insbesondere im Schulhaus Melchenbühl. Ihrer Meinung nach könnten die Bedürfnisse eines Kindergartens im 1. oder 2. Stock eines Schulhauses nicht erfüllt werden. Zum Beispiel müsse der direkte Ausgang auf den Spielplatz von Kindern im Kindergartenalter allein bewältigt werden können, dies sei einfach eine Voraussetzung.

Im Weiteren erachte die FDP die bestehenden dezentralen Schulhäuser als einen der wesentlichen Standortvorteile unserer Gemeinde. Für die Muri-Interessierten mit Kindern im Schulalter sei ein kurzer Schulweg ein nicht zu unterschätzender Entscheidungsfaktor. In diesem Zusammenhang erscheine es ihr auch logisch, dass der Wechsel in die grösseren Schulhäuser erst nach der 4. Klasse erfolge und die 3. und 4. Klassen in den Unterstufenschulhäusern Aebnit, Dorf, Melchenbühl und Horbern geführt würden. Aus dieser Sicht könne sie die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante IST+ nicht vorbehaltlos unterstützen. Die darin dargestellten Schulraumberechnungen würden von falschen Voraussetzungen ausgehen und einen zu hohen Bedarf an Schulraum implizieren. Dies einerseits durch die Einführung der Basisstufe, andererseits durch fragwürdige demografische Grundlagen in der vorliegenden Schulraumplanung. Deshalb möchte die FDP zur Beantwortung der Grundsatzfrage "Basisstufe ja / nein" auch die Variante IST – dies sei für sei einfach ohne Basisstufe – für die weiteren Betrachtungen mit einschliessen. Nicht verschweigen möchte sie an dieser Stelle aber auch, dass die Schulraumplanung ebenfalls eine Variante Drei-blatt vorgeschlagen habe. Diese habe der FDP aus organisatorischen und aus finanziellen Gründen eigentlich sehr gut gefallen. Sie erkenne aber die politischen Widerstände gegen diesen Vorschlag, welcher die Schliessung kleinerer Schulhäuser zu Gunsten einer Zentralisierung zur Folge hätte; sie lasse dieses Thema deshalb beiseite.

Alles in allem erachte die FDP den vorliegenden Vorschlag zur Schulraumplanung als guten ersten Ansatz. Mit den von der FDP gewünschten Ergänzungen könnte sie dem Geschäft zustimmen.

Marcel Kämpf bedankt sich auch namens der forum-Fraktion beim Gemeinderat für die wirklich sehr umfangreichen Unterlagen zur Schulraumplanung Muri bei Bern und insbesondere auch für die vorgängige Informationsveranstaltung für die Parlamentarier vom 3. November 2011. Das forum habe sich intensiv und unüblicherweise an mehreren Sitzungen mit dem Thema und den gestellten Anträgen auseinandergesetzt. Verschiedene Fraktionsmitglieder seien auch immer wieder persönlich angegangen worden, was nach den Mitteilungen in der Presse und den darauf folgenden verschiedensten Reaktionen von Schulleitungen, Schulhäusern, besorgten Eltern etc.

nicht weiter erstaunlich sei. Zu den einzelnen Aussagen und Angaben in den Unterlagen wolle er sich nicht detailliert äussern; Daniela Pedinelli habe gesagt, man solle die Flughöhe behalten. Trotzdem möchte er gesagt haben, dass im ganzen Paket an Papieren der rote Faden etwas gefehlt habe. Es handle sich um eine lose Folge von Folien, die Seitennummerierung habe gefehlt und es sei schwierig gewesen, den Überblick zu behalten, was in welcher Reihenfolge behandelt werde, was wo wieder zu finden sei. Einige Beispiele dazu: Einmal sei man beim Kindergarten Egghölzli davon ausgegangen, dass es ihn schon nicht mehr gebe; er sei mit 0 % in der Grafik erschienen. Ein anderes Mal habe er im Jahr 2016 noch eine Klasse geführt. Ähnlich beim Horbernschulhaus; dieses kenne er sehr gut, da er dort zur Schule gegangen und auch in der Elternorganisation gewesen sei. Dort habe man nach der Informationsveranstaltung vom 3. November 2011 etwas genauere Zahlen erhalten, da sie offensichtlich nicht korrekt gewesen seien. Beim Studieren der neuen Zahlen habe er nach zwei Minuten festgestellt, dass ca. 150 m² fehlen würden. Aber eben, dies sei nicht die Flughöhe von heute. Zusammen mit der Planungsunsicherheit der zu erwartenden Schülerzahlen in unserer Gemeinde – eine wichtige Grundlage für die zu wählende Strategie – werde es schwierig zu sagen, in welche Richtung es gehen sollte. Echt befremdet hätten die Reaktionen der verschiedenen "Players" der Gemeinde. Man habe Briefe erhalten der Schulleitungen Melchenbühl und Aebnit, eine Stellungnahme der Schulkommission (vielleicht ein wenig zu höflich formuliert). Dies alles komme bei den verschiedenen Varianten in den Planungsgrundlagen gar nicht vor. Es sei davon auszugehen, dass sich die Basis bei diesem Projekt nicht habe durchbringen können oder sie sei bewusst ausser Acht gelassen worden.

Für das weitere Vorgehen möchte das forum bezüglich Varianten den Fächer noch breiter offen lassen, nämlich mit den Varianten IST und IST+. Man gehe aber mit dem Gemeinderat einig, dass die Variante Dreiblatt keine Option sei und sie würde vom forum auch klar abgelehnt. Zum Beschluss 1 verweise er auf die vorliegenden, konkreten Anträge des forums. Der 2. Beschluss dieses Geschäfts (*"Kostensoptimierungen und Einsparungspotenziale konsequent zu identifizieren und zu realisieren"*) habe das forum etwas befremdet. Die Aussage sei politisch fragwürdig, sparen in der Bildungspolitik zu Lasten von was? Die Gemeinde spare ohnehin. Dies sei auch immer wieder von Leuten auf der Strasse zu hören. Man erhalte beinahe einen etwas ärmlichen Eindruck von dieser reichen Gemeinde. Eine Zustimmung zum zweiten Antrag dieses Geschäfts wäre ein Freipass mit unbekanntem Auswirkungen und die forum-Fraktion lehne ihn in dieser Form ab.

Er komme zur Begründung der beiden vom forum gestellten Anträge. Die FDP sei mit ihrem Antrag sehr nahe beim ersten forum-Antrag, mit dem zweiten Antrag sei die forum-Fraktion wohl die einzige. Das forum sei der Auffassung, dass die Variante IST+ – obwohl so beschrieben – nicht wirklich basisstufentauglich sei. Das Raumangebot würde einer genaueren Analyse nicht Stand halten, insbesondere wenn zu hören sei, dass die dezentralen Kindergärten integriert werden sollten. Auch seien die pädagogischen Aspekte zu wenig berücksichtigt worden. Eine obligatorische Einführung der Basisstufe sei nicht zu erwarten; dies hätten ja auch bereits die FDP und Daniela Pedinelli ausgeführt. Nach den angekündigten Sparmassnahmen im Bildungswesen würde der Kanton wohl kaum Geld für ein neues Projekt locker machen. In der Botschaft an den Grossen Rat sei zu lesen, wie eine freiwillige Einführung der Basisstufe in etwa aussehen würde. Es würde ein wenig Geld gesprochen und es könnten jedes Jahr einige Klassen eröffnet werden. Bis Muri freiwillig mitmachen könnte, würde es sicher noch etwa 10 Jahren dauern. Deshalb sei dies eigentlich heute Abend gar nicht relevant.

Bei der Verschiebung von Kindergärten auf die Schulareale schliesse sich das forum der FDP an; hier müsse vorsichtig vorgegangen werden. Kindergärten würden nicht in Schulhäuser gehören. Lärm, Bewegungsdrang, unterschiedliche Unterrichts- und

Pausenzeiten, Anforderungen an Toilettenanlagen (diese seien anders für so kleine Kinder ab 4-jährig, es müsse eventuell noch ein Schrank mit Windeln bereit stehen), aber auch die Notwendigkeit, die Kinder jederzeit ebenerdig im Garten spielen zu lassen (deshalb heisse er ja *Kinder-Garten*), seien für die übrigen Schulklassen unzumutbar. Die Platzierung von Kindergärten auf Schulhausarealen wäre unter gewissen Bedingungen machbar, dies müsste man anschauen, wenn es konkret um Geld und Bauten etc. gehe. Die 3. und 4. Klassen in den Quartierschulen sollten erhalten bleiben. Dafür sprechen würden die sichereren Schulwege, die Geborgenheit im eigenen Quartier, pädagogische und soziale Aspekte sowie die Anziehungskraft der Quartiere für Familien.

Der im Antrag 2 erwähnte Kindergarten Brügglweg sei seit mehreren Jahren nicht nur in einem schlechten, sondern in einem blamablen Zustand. Der bauliche und hygienische Zustand sei besorgniserregend. Mobiliar, Spielsachen und Bücher würden ruhig vor sich hinschimmeln. Neue Bücher würden sich nach einem Jahr nicht mehr öffnen lassen, sie seien zusammengeklebt. Die Leute würden seit mehreren Jahren vertröstet und sie dürften jetzt nicht noch einmal vertröstet werden. Für die dortigen Räume müsse eine rasche Lösung gefunden werden. Die Tagesschule Melchenbühl sei in einem vom Kanton geduldeten Provisorium und müsse rasch den verbindlichen behördlichen Vorgaben entsprechend umgebaut werden. Daher der zweite Antrag der forum-Fraktion.

Würde sich eine Mehrheit im GGR für die Variante IST finden, würde das forum seinen ersten Antrag entsprechend anpassen. Manchmal müsse ja Bewährtes nicht unbedingt ersetzt werden und die Quartierschulen hätten wirklich einen hohen Stellenwert. Das forum erwarte vom Gemeinderat, dass die Ergebnisse der nächsten Phasen dem Parlament immer wieder präsentiert würden, obschon der GGR – wie er den Unterlagen entnommen habe – gar nichts dazu zu sagen habe.

Jürg Aebersold bedankt sich namens der SVP-Fraktion ebenfalls beim Gemeinderat für die ausführlichen Unterlagen der Firma Reflecta. Als Mitglied der Schulkommission habe er in der Arbeitsgruppe mitwirken können, was sehr interessant gewesen sei. Er sei nicht immer gleicher Meinung wie die Reflecta gewesen – und umgekehrt auch –, deshalb sei es manchmal etwas lauter zu- und hergegangen, manchmal normal. Die vom Gemeinderat eingeschlagene Stossrichtung erachte die SVP als richtig, deshalb unterstütze sie den gemeinderätlichen Antrag. Seine Vorredner hätten schon viele Ausführungen gemacht, bei welchen die SVP gleicher Meinung sei. Ihm sei der Kindergarten Brügglweg ein Anliegen. Dieser sei in einem desolaten Zustand und es sei zwingend nötig, dass dort etwas gehe. Die Eingliederung in die Schulanlage Berset sei raschmöglichst zu realisieren. Auch die SVP spreche sich gegen Schulschliessungen aus und er wolle nun hier nicht die Ausführungen der FDP wiederholen. Die Investitionen seien entsprechend zu konzentrieren; die Kosten seien hoch, deshalb werde der Antrag bezüglich Kostenoptimierungen unterstützt. Er habe keine weiteren Ausführungen zu machen, da alles andere schon gesagt worden sei.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion bedanke sich selbstverständlich ebenfalls beim Gemeinderat und insbesondere auch beim Kernteam, welches grosse Arbeit geleistet habe. Die Schulraumplanung sei – wie schon gehört – eine komplexe Angelegenheit. Bei der Schulraumplanung gehe es, wie das Wort sage, primär um den Schulraum und nicht um die Schulinhalte, obschon ein wichtiger Zusammenhang bestehe. Erfreulich sei, dass heute der IST-Zustand der bestehenden Schulanlagen in Muri-Gümligen klar dokumentiert sei. Bei der vorliegenden Schulraumplanung gehe es also um die langfristige Planung des Schulraums, sozusagen um die Planung der Hardware. Klar sei für die SP-Fraktion, dass eine Konzentration der Schulstandorte nicht in Frage komme. Dies heisse, ein Campus oder eine Verringerung auf drei Standorte – Seidenberg, Aebnit und Moos – komme nicht in Frage. Die zukünftige

Schulraumplanung beinhalte zwei mehr oder weniger grosse Unbekannte. Einerseits die Entwicklung der Schülerzahlen in Muri-Gümligen und andererseits die Frage der Einführung der Basisstufe. Bis ins Jahr 2015 seien die Schülerzahlen einigermassen klar. Ab dem Jahr 2016 werde die Prognose schwieriger, weil man nur noch auf Annahmen basieren könne. Ob die Basisstufe eingeführt werde, sei ungewiss und die Gemeinde könne vorläufig nicht selber darüber entscheiden, da die gesetzlichen Grundlagen fehlen würden. Die Basisstufe sei ein erheblicher raum- und personalwirksamer Faktor. Ein Mangel der Studie sei, dass nicht eine Variante mit und ohne Basisstufe erstellt worden sei. In der Planung IST+ sei immerhin aufgezeigt worden, dass diese Variante basisstufentauglich sein soll.

Ob die IST- oder die IST+-Variante weiterverfolgt werde, sei nicht so entscheidend. Es mache auch keinen Sinn, ein Zahlenwirrwarr anzustellen oder sich in Detailfragen zu verlieren. Viel wichtiger sei es, die flankierenden Bedingungen festzulegen. Aus diesem Grund fordere die SP, dass in den Schulhäusern, wo bereits eine 3. und 4. Klasse bestehe – Engpässe vorbehalten –, diese auch weitergeführt würden. Eine Änderung müsste nur erfolgen, wenn die Schülerzahlen stark steigen und die Einführung der Basisstufe in den nächsten Jahren beschlossen würden. Die Weiterführung der 3. und 4. Klasse fordere auch die Schulkommission und der Gemeinderat habe sich dieser Haltung angeschlossen. Im Weiteren sollten die Kindergärten Aebnit, Horbern, Moss und Seidenberg an ihren bisherigen Standorten verbleiben. Die Kindergärten Brügglweg, Dorf und Egghölzli seien in die Schulstandorte resp. -areale zu integrieren. Dies gebe auch Synergien in Bezug auf die Tagesschulen. Für das Einzugsgebiet Melchenbühl, d.h. Kindergärten Brügglweg und Egghölzli sowie das Provisorium der Tagesschule Melchenbühl, müsse rasch eine optimale Lösung gefunden werden. Dies sei unbestritten und werde von der SP unterstützt. Es handle sich aber um ein operatives Geschäft des Gemeinderats und wenn der Gemeinderat diesbezüglich nicht vorwärts mache, müsse er eben mit einer Motion etwas auf Trab gebracht werden. In diesem Zusammenhang sei noch zu erwähnen, dass in der laufenden Ortsplanungsrevision vorgesehen sei, die Kindergartenareale Brügglweg und Dorf in eine Wohnzone umzuzonen. Klar sei auch, dass die Varianten IST und IST+ grössere Kosten verursachen würden. Die SP erwarte deshalb, dass die nötigen Kredite durch das Parlament zu bewilligen seien.

Es würden nun verschiedene Anträge vorliegen. Vermutlich werde er ein viertelstündiges Timeout beantragen, damit unter den Fraktionspräsidien eine Bereinigung erfolgen könne und nicht über verschiedenste Anträge abgestimmt werden müsse.

Stefan Gautschi (forum) hat eine Frage: Er wäre froh, wenn man ihm erklären könnte, welches die Ziele und die Ursachen für die Integration von Kindergärten in der Gemeinde seien.

Daniela Pedinelli führt aus, sie nehme an, Stefan Gautschi meine die Integration der Kindergärten in die Schulanlagen. Wie sie schon ausgeführt habe, bestehe eine gewisse Begriffsverwirrung. Einerseits habe man die Möglichkeit der Integration von Kindergärten in Schulareale oder Schulanlagen, also auf Parzellen, wo ein Schulhaus und allenfalls noch weitere Anlagen stehen würden, wie z.B. im Aebnit. Dort sei der Kindergarten im Schulareal integriert, sei aber für sich. Sodann bestehe die Möglichkeit der Integration des Kindergartens ins Schulhaus selbst. Diese Integration könnte auf die mannigfaltigste Art angegangen werden. Es könnte ein separater Eingang für den Kindergarten gemacht werden oder es sei ein teilweises Integrieren mit einem Anbau möglich. Die Möglichkeiten seien unzählig und sollten auf der strategischen Ebene noch offen gelassen werden. Es sei wichtig, alle Ausführungen in Betracht ziehen zu dürfen. Es gebe eventuell pädagogisch vertretbare Lösungen, die kostengünstiger seien als andere. Für den Gemeinderat sei es aber ganz wichtig, dass die Kindergärten so nahe wie möglich zu den Schulanlagen gezogen würden. Damit be-

halte man sich alle Möglichkeiten offen für künftige Entwicklungen. Die Basisstufe könnte auf diese Weise realisiert werden, wenn man diese einmal wollte. Die Platzierung von Kindergärten im Schulhausareal bringe auch eine betriebswirtschaftliche Optimierung durch Zentralisierung mit sich. Es sei praktischer, wenn man alle Kinder – sofern vertretbar – zusammen habe. Das heisse nicht zwingend, dass Vierjährige mit Sechstklässlern den gleichen Eingangsbereich teilen müssten. Das sehe sie auch nicht, würden doch kleinere Kinder von grösseren eventuell gequält. Aber ein immer stärkeres Zusammenbringen, auch der Eingangsstufe, in den Schulanlagen sei wünschenswert und entspreche auch der strategischen Stossrichtung des Kantons, die durch HARMOS eingeleitet worden sei. Entwicklungsschritte würden nicht linear passieren, es gebe Übergänge und eine Durchmischung an sich sei nicht schlecht.

Stefan Gautschi (forum) erklärt, unter Integration in die Schulhäuser verstehe er Strategie. Das Parlament habe über Varianten zu beschliessen, nicht über Strategien. Die Konsequenzen dieser Strategie seien voraussehbar. Mit der Aufhebung der Kindergärten werde Schulraum vernichtet, es bestehe damit ein reduzierter Schulraum. Die Konsequenzen seien, dass man plötzlich zu wenig Platz habe und alles irgendwo unterbringen müsse. Es mache ihm nun ein wenig Angst, dass eine Gesamtstrategie beschlossen werde und man etwas "dreinschiesse" mit der Integration in die Schulhäuser. Es wäre vorteilhafter, wenn alles einzeln betrachtet würde, so wie im Fall Melchenbühl.

Matthias Manz (SP) führt zu den Varianten IST oder IST+ aus, er habe aus den Äusserungen von Adrian Kauth verstanden, dass die FDP sage, wer für eine Variante IST sei, sei für eine Variante ohne Basisstufe. Bei einer Zustimmung zur Variante IST+ bedeute dies überhaupt nicht den Entscheid, die Basisstufe in Muri-Gümligen einzuführen, dies habe gar nichts miteinander zu tun. Man könne also ruhig die Piste IST+ nehmen. Die Frage, ob eine Basisstufe eingeführt werden soll – diese beinhalte ja pädagogische Fragen, personelle Fragen, übrige Fragen – müsse separat diskutiert werden. Diese Diskussion könne hier nicht geführt werden, dafür fehle jede Grundlage. Die Variante bedeute nur, dass dies quasi der Meccano wäre, wenn die Basisstufe eingeführt würde. Es sei etwas unglücklich, dass man den Berechnungen nicht entnehmen könne, wie die Piste "nur Schülerzahlerhöhung" vorangehe, sondern es bestehe immer ein "Päckli" mit der Basisstufentauglichkeit. Für die SP heisse die Variante IST+ einfach: Kein Campus, kein Dreiblatt. Wenn Platz benötigt würde, würden nicht einfach Standorte geschlossen, sondern diese würden aufrecht erhalten und der Meccano könnte sein, dass in einzelnen Schulhäusern die 3. und 4. Klassen "umgetischt" würden. Aber wie gesagt, eine Einführung der Basisstufe hätte mit der Variante IST+ nichts zu tun. Mit einem Entscheid für die Strategie IST+ lege man sich überhaupt nicht für die Einführung der Basisstufe fest. Er sei früher ein sehr grosser Befürworter der Basisstufe gewesen, sei mittlerweile aber auch nicht mehr 100 %-ig davon überzeugt. Die Variante IST+ sei eigentlich auch der Konsens; er finde es toll, man sei sich im Grunde genommen weitgehend einig. Nun seien noch gewisse Finessen auf eine schnelle und schlaue Art zu bereinigen, aber über die strategische Ausrichtung herrsche eigentlich ein Konsens unter allen fünf Parteien.

Adrian Kauth (FDP) erklärt, er gebe Matthias Manz schon Recht, der Beschluss bezüglich Basisstufe sei nicht vorzusehen. Das Problem sei aus seiner Sicht, dass schon erste Entscheidungen wie z.B. gerade beim Brügglweg anstehen würden, ob man dort Richtung Basisstufe gehen oder beim heute Bestehenden bleiben wolle. Dies sei bereits bei dieser Entscheidung wesentlich. Deshalb könne er die Aufteilung zwischen "mit" oder "ohne" Basisstufe nicht ganz so gelassen sehen, wie Matthias Manz. Aus seiner Sicht habe dies bereits auf den nächsten Entscheidung einen ziemlich heftigen Einfluss und könne nicht vollständig getrennt werden.

Matthias Manz (SP) führt aus, Basisstufe bedeute etwas völlig anderes, als wenn man sage, der Kindergarten Brügglweg werde geschlossen und ins Schulhausareal Melchenbühl integriert. Bei der Basisstufe handle es sich um ein pädagogisches Konzept, bei welchem die beiden Kindergarten- und die 1. und 2. Primarschulklassen gemeinsam unterrichtet würden.

Adrian Kauth (FDP) entgegnet, dies sei ihm schon klar. Bei einer Integration des Kindergartens ins Schulhaus Melchenbühl – vielleicht in den 1. oder 2. Stock, wie zu hören gewesen sei – wäre die Basisstufentauglichkeit gegeben. Für eine Basisstufe zwar tiptopp, aber als Kindergarten, wie wir einen solchen heute verstehen würden, sei dies nicht tauglich. Es handle sich um zwei verschiedene strategische Sachen. Er sehe dies komplett anders und deshalb sei es eigentlich wesentlich, ob der Entscheid vorher oder nachher getroffen werde.

Andrea Corti (FDP) führt aus, der Gemeinderat schlage in seinem Antrag die Variante IST+ vor. Im Bericht der Reflecta würden drei Varianten vorliegen, nämlich die Fortführung IST, die Variante IST+ und die Variante Dreiblatt. Der Rat solle nun zu einer Variante Stellung nehmen, die der Gemeinderat als Stossrichtung, als Strategie favorisiere. Im zusammenfassenden Bericht der Reflecta sei bei der Fortführung IST zu lesen, die Kindergärten seien nicht basisstufentauglich. Bei der Variante IST+ stehe, alle Standorte seien mit dieser Planung basisstufentauglich. Dies heisse, dass – so wie die Sache nun aufgegleist sei – von der Strategie her schon entschieden sei, ob mit oder ohne Basisstufe. Deshalb könne der Rat jetzt nicht der einen oder anderen Variante zustimmen. Bis der Entscheid darüber gefällt sei, ob die Basisstufe eingeführt werde oder nicht, müsse dies offen gelassen werden. Ansonsten werde in eine Richtung geplant und die Planung müsse dann wieder angepasst werden, wenn der definitive Entscheid zur Basisstufe vorliege.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, man sei sich ja eigentlich grundsätzlich einig. Die Variante Dreiblatt komme nicht in Frage, dies sei klar und könne entschieden werden. Diese Variante wäre politisch nicht machbar und werde nicht gewünscht. Ob man schlussendlich die Variante IST oder IST+ wähle, könne nicht jetzt entschieden werden. Es würden 2 grosse unbekannte Parameter vorliegen: Man wisse nicht, was mit der Basisstufe passiere und man wisse nicht, was mit den Schülerzahlen passiere. Der einzige Entscheid, der heute Abend getroffen werden könne, sei die Ablehnung der Variante Dreiblatt. Die logische Folge daraus sei, dass man mit den zwei anderen Varianten weiterfahre und später – wenn vielleicht mehr Informationen vorliegen würden (zumindest zur Basisstufe, die Schülerzahlen könnten wohl aus naheliegenden Gründen immer nur auf 5-6 Jahre hinaus verfolgt werden) – entscheide, ob man Richtung IST+ gehe oder nicht. Auf diese Weise gelange man wahrscheinlich zu einer vernünftigen Lösung. Deshalb sei er der Meinung, dass der von der FDP vorgeschlagene Weg, nämlich beide Varianten weiter zu verfolgen, der richtige sei.

Marcel Kämpf (forum) teilt mit, diesen Weg habe das forum vorgeschlagen.

Beat Wegmüller (SP) stellt den Antrag auf ein viertelstündiges Timeout, damit im Rahmen der Fraktionspräsidien versucht werden könne, die Ansinnen zu bereinigen und sich bei der Abstimmung nicht zu viele Anträge gegenüberstehen würden.

Der 1. Vizepräsident verfügt namens des Büros GGR einen Sitzungsunterbruch von einer Viertelstunde.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Jsabelle Gossweiler und Daniela Pedinelli verzichten als Sprecherinnen der GPK bzw. des Gemeinderates auf ein Schlusswort.

Abstimmungen

Ziff. 1

Antrag der FDP-Fraktion

"Gestützt auf Art. 36 Gemeindeordnung wird im Sinne eines Grundsatzbeschlusses die Variante Ist und Ist+ als Stossrichtung bzw. Grundlage für die Schulraumplanung der Gemeinde Muri bei Bern festgelegt."

Der 1. Vizepräsident informiert, der gemeinderätliche Antrag Ziff. 1 sei zurückgezogen worden.

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Neue Ziff. 2

Antrag der FDP-Fraktion

"Die 3. und 4. Klassen sollen grundsätzlich – Engpässe vorbehalten – in den Schulhäusern (Aebnit, Dorf, Horbern, Melchenbühl und Moos) geführt werden."

Der 1. Vizepräsident informiert, der Antrag Ziff. 2 der SP-Fraktion sei zurückgezogen worden.

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Neue Ziff. 3

Antrag der forum-Fraktion

"Für den Perimeter / das Einzugsgebiet Melchenbühl (Kindergärten Brügglweg und Egghölzli sowie die provisorische Tagesschule Melchenbühl) sind rasch zukunfts-fähige Lösungen festzulegen. Dies soll in der nächsten Phase Priorität geniessen, damit eine Umsetzung innert der nächsten 2 Jahren erfolgen kann."

Daniela Pedinelli erklärt, der Gemeinderat beantrage die Ablehnung dieses Antrags, da damit wie erwähnt die Flughöhe nicht eingehalten werde. Ihre Ausführungen dazu habe sie bereits in ihrem Eintretensreferat gemacht.

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Neue Ziff. 4

Antrag Gemeinderat

"Bei der detaillierten Planung und der anschliessenden Realisierung sind Kostenoptimierungen und Einsparungspotenziale konsequent zu identifizieren und zu realisieren."

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats wird grossmehrheitlich angenommen.

Der Grosse Gemeinderat hat somit folgenden **Beschluss** gefällt:

1. Gestützt auf Art. 36 Gemeindeordnung wird im Sinne eines Grundsatzbeschlusses die Variante Ist und Ist+ als Stossrichtung bzw. Grundlage für die Schulraumplanung der Gemeinde Muri bei Bern festgelegt.
2. Die 3. und 4. Klassen sollen grundsätzlich – Engpässe vorbehalten – in den Schulhäusern (Aebnit, Dorf, Horbern, Melchenbühl und Moos) geführt werden.
3. Für den Perimeter / das Einzugsgebiet Melchenbühl (Kindergärten Brüggliweg und Egghölzli sowie die provisorische Tagesschule Melchenbühl) sind rasch zukunftsfähige Lösungen festzulegen. Dies soll in der nächsten Phase Priorität geniessen, damit eine Umsetzung innert der nächsten 2 Jahre erfolgen kann.
4. Bei der detaillierten Planung und der anschliessenden Realisierung sind Kostenoptimierungen und Einsparungspotenziale konsequent zu identifizieren und zu realisieren.

2 Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Einführung eines einheitlichen Kurzstreckentarifs für den ÖV auf dem gesamten Gemeindegebiet Muri-Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Ruth Raaflaub (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die schnelle Beantwortung des Postulats. In Anbetracht der grossen Unterstützung aus allen Parteien im Parlament (25 Unterschriften) erlaube sie sich noch einige Bemerkungen. Sie habe sich mit Herrn Dieter Zollinger vom Libero-Tarifverbund telefonisch in Verbindung gesetzt. Neben den in der Botschaft verfassten direkten Antworten habe er ihr ergänzend berichtet, dass es durchaus Gemeinden gebe, die auf ihrem Gemeindegebiet einen Kurzstreckentarif eingeführt hätten. Sie würden dem Libero-Tarifverbund jährlich eine Pauschale vergüten, um diese ermässigten Fahrten möglich zu machen. Namentlich seien dies zum Beispiel die Gemeinden Münsingen und Belp. Nun stelle sich für sie natürlich schon die Frage, ob der Verwaltungsaufwand für die Einführung eines Kurzstreckentarifs im ÖV auf unserem Gemeindegebiet wirklich so gross wäre, wie in der Antwort des Gemeinderats dargestellt worden sei. Es werde zudem von "kaum abschätzbaren Kosten" gesprochen. Eine Abklärung in Gemeinden, welche den Kurzstreckentarif subventionieren würden, hätte die Kosten sicher quantifizierbar gemacht. Eine Zahl der zu erwartenden Kosten hätte es dem durchaus mündigen Parlament ermöglicht, sich selber eine Meinung zu bilden und konkret Stellung zu beziehen. Es sei übrigens nie die Rede davon gewesen, mit dem Kurzstreckentarif gleich noch weiter bis nach Bern fahren zu können. Wie bereits im Postulatstext erwähnt, wäre das Benützen des ÖV auf dem Gemeindegebiet im Kurzstreckentarif

attraktiver. Die Gemeinde könnte eine allfällige Subventionierung als aktiven Beitrag gegen die Umweltbelastung durch den Privatverkehr und damit für mehr Lebensqualität verbuchen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss

1. Das Postulat Raaflaub (FDP/jf) betr. Einführung eines einheitlichen Kurzstreckentarifs für den ÖV auf dem gesamten Gemeindegebiet Muri-Gümligen wird einstimmig überwiesen.
2. Der Rat spricht sich mit 31 Ja- zu 3 Nein-Stimmen für die Abschreibung des Postulats aus.

3 Informationen des Gemeinderats

Asylantenunterkunft Zivilschutzanlage Siloah

Pia Aeschimann führt aus, wie der Presse habe entnommen werden können, sei ab Mitte Oktober die Unterkunft in der Zivilschutzanlage wieder für Asylanten geöffnet. Die Heilsarmee betreue dort – Stand 21. November 2011 – 52 Männer aus 24 Ländern. Wie den Zahlen zu entnehmen sei, sei es das Ziel der Heilsarmee, die 80 Plätze möglichst nicht auszuschöpfen. Es würden enge Verhältnisse herrschen, die Zivilschutzanlage befinde sich unter dem Boden und die Leute müssten, wenn sie etwas Licht sehen wollten, hinauf an die Strasse stehen. Ein Ziel der Heilsarmee sei ebenfalls, eine möglichst grosse Durchmischung vorzunehmen, damit keine Ghettoisierung entstehe. Ein weiterer Meilenstein sei in der Sicherheitsfrage gelegt worden. Die Gemeinde sei mit den Institutionsleitungen und der Heilsarmee zusammengekommen und es seien Abmachungen für die Zusammenarbeit getroffen worden. Der Kanton stelle die DARU-WACHE zur Verfügung, das Siloah-Gebiet habe schon vorher – unabhängig von den Asylanten – einen Vertrag mit der Securitas gehabt und die Kantonspolizei werde ebenfalls Streifen im Siloahareal einsetzen. Es werde dafür gesorgt, dass nicht alle drei gleichzeitig, sondern nebeneinander patrouillieren würden. Schwergewichtig würden die Einsätze am Abend und beim Schichtwechsel von Spät- auf Nachtschicht bei den verschiedenen Institutionen stattfinden. Dies solle das Sicherheitsgefühl der dort arbeitenden (meist) Frauen erhöhen.

Überfälle

Christian Staub informiert, in der Nacht von Samstag auf Sonntag des vergangenen Wochenendes seien in Gümligen und Muri Personen durch Vermummte überfallen worden. Sie seien beraubt und verletzt worden. Er distanzieren sich in aller Form von derartigen Überfällen. Auch der Gemeinderat sei beunruhigt und zeige sich sehr besorgt über das Vorgefallene. Bisher seien solche Attacken in unserer Gemeinde nicht Usus gewesen und er hoffe, dass dies auch inskünftig so bleibe. In diesem Zusammenhang rufe er alle dazu auf, Augen und Ohren offen zu halten und Feststellungen oder Beobachtungen telefonisch direkt der Polizei zu melden. Die Polizei sei in der Lage, mit ihren Mitteln und Möglichkeiten solchen Begebenheiten Einhalt zu gebieten. Es sei offenbar wirklich so, dass derartige Vorfälle in letzter Zeit zugenommen hätten und man sollte alles daran setzen, dass dies bei uns nicht zur Tagesordnung gehöre. Er danke allen, die sich für die Sicherheit in unserer Gemeinde einsetzen würden.

Informationsveranstaltung Ausfahrt A6 Muri

Christian Staub informiert weiter, am Donnerstag, 8. Dezember 2011, 18.30 Uhr, finde im Mattenhofsaal eine öffentliche Informationsveranstaltung zur beabsichtigten Umgestaltung der Ausfahrt Muri A6 statt. ASTRA, Tiefbauamt des Kantons Bern und Gemeinde möchten gemeinsam aufzeigen, welche Massnahmen geplant seien. Es erfolge noch eine Publikation, er habe dies aber bereits kommunizieren wollen, damit man sich den Termin reservieren könne. Es handle sich um eine öffentliche Veranstaltung und nicht um eine geschlossene Gesellschaft.

Feuerwehr AMG

Christian Staub orientiert sodann, dass Martin Häusermann auf den 1. Januar 2012 zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsleitung Feuerwehr AMG gewählt worden sei. Er bedanke sich bei Martin Häusermann für dessen Bereitschaft, aktiv mitzuarbeiten. Daniel Bärtschi werde neuer Kommandant der Feuerwehr AMG und er gratuliere ihm dazu. Er danke ihm, dass er mit dieser grossen Aufgabe einen nicht unwesentlichen Teil seiner Zeit für die Allgemeinheit zur Verfügung stelle.

4 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Wegmüller (SP) betreffend Flüsterbelag auf den Strassen von Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Beim Kanton Bern vorstellig zu werden, dass in Zukunft bei grösseren Strassensanierungen der Staatsstrassen in Muri-Gümligen, innerhalb der Wohngebiete ein Flüsterbelag eingebaut wird.
2. Die Gemeinde Muri in Zukunft bei grösseren Strassensanierungen auf den stark frequentierten Gemeindestrassen innerhalb der Wohngebiete Flüsterbeläge einbaut.

Begründung

Im Sommer 2011 wurde die Thunstrasse zwischen Kirche Muri und dem Kreisel Eichholz erfolgreich saniert. Dabei wurde zu Testzwecken ein sogenannter Flüsterbelag eingebaut. Die lärmgeplagte Bevölkerung an der Thunstrasse reagierte positiv zu den neuen Verhältnissen. Ohne den konkreten Lärmmessungen vorzugreifen, kann schon heute von einer gelungenen Lärmreduktion und Belagserneuerung gesprochen werden.

Nun gilt es, aus den guten Erfahrungen der Thunstrasse, weitere Massnahmen in der Gemeinde zu realisieren. In einem ersten Durchgang könnten z.B. bei einer Sanierung die Gemeindestrassen Dennigkofenweg, Dorfstrasse, Feldstrasse, Tannackerstrasse und Thorackerstrassen mit einem Flüsterbelag erneuert werden. Auch der Kanton Bern ist anzuhalten, bei Sanierungen der Staatsstrassen innerhalb der Wohngebiete, Flüsterbeläge einzubauen.

Gümligen, 22. November 2011

Beat Wegmüller

V. Näf, B. Schneider, M. Manz, S. Fankhauser, F. Ruta, Y. Brügger, M. Graham, J. Stettler, B. Eber, M. Humm, U. Wenger, F. Burkhard, S. Lack, A. Corti, A. Kauth, D. Bärtschi, P. Kneubühler, A. Bärtschi, R. Raaflaub, B. Marti, J. Aebersold (22)

Einfache Anfrage Corti (FDP-/Jungfreisinnige-Fraktion) betreffend Sicherheit (nächtliche bandenmässige Überfälle auf Einzelpersonen) in der Gemeinde Muri

1. Bestehen in der Gemeinde Muri Massnahmen, um (nächtlichen, bandenmässigen) Überfällen auf Gemeindebewohner/ Gemeindebewohnerinnen entgegenzuwirken?
2. Gedenkt der Gemeinderat aufgrund der nachstehend erwähnten Ereignisse Massnahmen zu treffen?

Im 20Minuten vom Montag 21.11.2011 war folgendes zu lesen:

Ein Mann wurde am vergangenen Samstag, kurz nach Mitternacht, in der Nähe des Bahnhofs Gümligen von mehreren verummten Jugendlichen gestoppt und mit einer Pistole bedroht. Die Täter schlugen auf den Mann ein, worauf er mit Kopfverletzungen zu Boden ging. Geraubt wurde nichts.

Am Sonntag, gegen fünf Uhr früh, kam es einen Kilometer entfernt zu einem ähnlichen Vorfall: Ein Heimkehrer wurde von hinten von Vermummten angegriffen und verprügelt. Die Täter suchten mit dem Handy und dem Portemonnaie des Opfers das Weite.

Gümligen, 22. November 2011

Andrea Corti

4 a Dringliche einfache Anfrage der SVP-Fraktion betr. Treibhäuser ehemalige Gärtnerei Meyer

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Markus Bärtschi (SVP) verzichtet auf ein Votum

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

4 b Einfache Anfrage der SP-Fraktion betr. eventuellem Beginn einer Verkaufstätigkeit der Interhydro AG am Allmendingenweg 15-23

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) verzichtet auf ein Votum

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, mit der heutigen Sitzung würden drei Mitglieder aus der Lokalpolitik ausscheiden, die er hier erwähnen möchte:

- Roland Meyer habe während 22 Jahren im Dienst der Gemeinde gestanden und trete nun als Gemeinderat zurück. Er lasse eine lange politische Karriere hinter sich. Von 1989 bis 1996 sei er Mitglied der Sport- und Badkommission gewesen, von 1993 bis 2000 Mitglied der Friedhofkommission, von 2001 bis 2008 Mitglied des Grossen Gemeinderats und seit 2009 Mitglied des Gemeinderats, aus welchem er nun per Ende Jahr seinen Rücktritt erklärt habe.
- Urs Siegenthaler habe beinahe ebenso lang im Dienst der Gemeinde gestanden und nehme heute an seiner letzten GGR-Sitzung teil. Er sei von 1994 bis 2000 Mitglied der Baukommission gewesen und seit 2001 Mitglied des Grossen Gemeinderats.
- Suzanne Fankhauser habe eine jüngere Karriere vorzuweisen. Sie sei seit dem 1.1.2008 Mitglied des Grossen Gemeinderats und trete per Ende Jahr zurück.

Er danke allen drei Personen im Namen des Grossen Gemeinderat und des Gemeinderats für ihr langjähriges Engagement zum Wohle unserer Gemeinde. Er wünsche ihnen alles Gute und viel Zufriedenheit im gemeindepolitischen Ruhestand. Sie sollten ihre neu gewonnene Zeit geniessen, sicherlich würden sie etwas damit anfangen können.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hannes Treier

Anni Koch